

# Unsere Perspektiven für die Stadt

Unsere Städte und Stadtregionen sind stark und leistungsfähig, sie sind kompakt, vielfältig, sozial und grün. Sie haben ihre eigene Geschichte, Identität, Mentalität und Kultur. Und sie haben Potenziale für die Zukunft.

Gleichzeitig fordern der wirtschaftliche Strukturwandel, der demographische Wandel, der Klimawandel und die Integrationsprobleme die Städte und Gemeinden in bisher nicht gekanntem Umfang heraus. In den Städten konzentrieren und verstärken sich die Folgen dieser Veränderungen. Mit der Entwicklung unserer Städte stellen wir also entscheidende Weichen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt.

Unsere Konzepte und Programme unterstützen die Städte und Regionen in ihrer Entwicklung. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Städte und Regionen als Wirtschafts- und Wohnstandorte gleichermaßen stärken, ihren sozialen Zusammenhalt ebenso sichern wie ihre kulturelle Vielfalt.

## Politik für starke Städte von morgen

Die Entwicklung der Städte steht unter maßgeblichem Einfluss bundespolitischer Rahmensetzungen. Das betrifft die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, aber auch den rechtlichen Rahmen der Stadtentwicklung. Diese Faktoren wirken aber voneinander isoliert und meist wenig auf die Situation vor Ort bezogen. Die Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik trägt diesen Entwicklungen Rechnung. Sie ermöglicht einen lebendigen Austausch und greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf.

## Grundsteine für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Die Städtebauförderung ist eines der zentralen Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Programme finanziell auf einem hohen Niveau sichern und inhaltlich fortentwickeln.

### Finanzmittel für die Städtebauförderung



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

### „Soziale Stadt“

Das Programm „Soziale Stadt“ ist und bleibt einer der wichtigsten Bausteine unserer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklungspolitik. Es hilft, auch in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Stadtteilen, gute Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Es setzt nicht nur auf die

Kooperation der Ressorts auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sondern bezieht auch nichtstaatliche Organisationen und die Wirtschaft mit ein und aktiviert bürgerschaftliches Engagement in den Quartieren.

Für das Programm „Soziale Stadt“ hat der Bund auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion in den Programmjahren 1999 bis 2008 rund 760 Millionen Euro Finanzhilfen zur Verfügung gestellt. Mit den ergänzenden Mitteln von Ländern und Gemeinden standen insgesamt über 2,2 Milliarden Euro für die Umsetzung des Programms bereit. Damit konnten rund 520 Quartiere in fast 330 Städten und Gemeinden gefördert werden. 2009 werden weitere 105 Millionen Euro Bundesmittel für das Programm bereitgestellt.

Zusätzlich werden durch das ESF (Europäischer Sozialfonds)-Bundesprogramm „Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ passgenaue Projekte vor Ort für Langzeitarbeitslose und Jugendliche im Bereich Bildung und Beruf sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie mit 160 Millionen Euro gefördert.

### „Stadtumbau Ost“

Für den Programmzeitraum 2002 bis 2009 haben Bund, Länder und Kommunen insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um dem in den ostdeutschen Bundesländern spezifischen Wohnungsleerstand zu begegnen und die kommunalen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften wirtschaftlich zu stabilisieren. Damit wurden Innenstädte und erhaltenswerte Stadtquartiere in besonders von Schrumpfungprozessen betroffenen Städten aufgewertet und die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität in den Städten und Gemeinden nachhaltig erhöht.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Fortsetzung des Stadtumbauprogramms Ost als eigenständiges Programm im Bereich der Städtebauförderung mindestens bis zum Jahr 2016 ein.

### „Stadtumbau West“

Auch die Kommunen in den alten Bundesländern sind mit den Auswirkungen des demographischen und wirtschaft-



Die einzigartigen historischen Stadtkerne unserer Städte sind eine Visitenkarte Deutschlands. Deshalb wurden bislang in 177 Städte in Ostdeutschland 1,74 Milliarden Euro investiert. Im Jahr 2009 haben wir das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ auf die historischen Stadtkerne Westdeutschlands ausgedehnt.

lichen Strukturwandels konfrontiert und müssen auf diese Entwicklungen städtebaulich reagieren. Deshalb wurde auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion 2004 das Programm „Stadtumbau West“ ins Leben gerufen, das bis 2008 mit insgesamt 246 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen ausgestattet worden ist. Mit dem Programm können wir beispielsweise vom wirtschaftlichen und militärischen Strukturwandel betroffene Stadtteile aufwerten, indem entstandene Brachflächen wieder nutzbar gemacht werden, und zwar auf der Basis integrierter Stadtentwicklungskonzepte.

### „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Das neue Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ soll zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche genutzt werden. Wir wollen die Städte unterstützen, diese Bereiche als Standorte für Wirtschaft, Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln.

### „Städtebaulicher Denkmalschutz“

Die Schönheit unserer historischen Städte ist eine Visitenkarte für Deutschland und ein Pfund, mit dem wir im internationalen Standortwettbewerb wuchern können. Das ist keine Selbstverständlichkeit: Viele der heute so attraktiven historischen Stadtkerne Ostdeutschlands waren 1990 in einem bedauernswerten Zustand, zahlreiche Gebäude vom Verfall bedroht. In einem enormen gesellschaftlichen Kraftakt hat die Bundesrepublik den Erhalt einzigartiger Stadtansichten gesichert.

Mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ hat der Bund seitdem 1,74 Milliarden Euro in das Programm investiert. Damit konnten insgesamt 177 Städte und Gemeinden gefördert werden. Der Erfolg des Programms hat uns motiviert, es 2009 auch in den alten Bundesländern einzuführen.

## Wohnen ist ein Sozialgut

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis von uns allen, sondern auch die Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Wohnungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat daher vor allem die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für angemessenen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hinzu kommt, den Herausforderungen an die ökologische Bilanz des Wohnens gerecht zu werden und die Wohneigentumsbildung und die Altersvorsorge zu fördern.

Wir wissen: Eine Wohnung ist auch ein Wirtschaftsgut – sie ist aber vor allem ein Sozialgut!

### Wohngeldreform

Mit der Wohngeldreform 2008 konnte die SPD-Bundestagsfraktion wesentliche Leistungsverbesserungen für Wohngeldbezieher durchsetzen. Das Wohngeld erreicht jetzt auch mehr Menschen, insbesondere Familien mit geringem Erwerbseinkommen und Rentnerinnen und Rentner profitieren. Mit der Reform erhöht sich das Wohngeld um durchschnittlich 62 Prozent. Wer bisher monatlich 92 Euro bekam, erhält heute 142 Euro.

Neu ist die Einbeziehung der Heizkosten in die Wohngeldberechnung. Aus dem Zuschuss zur Kaltmiete wird ein Zuschuss zur Warmmiete. Dies geschieht in Form einer Pauschale von ca. 30 Prozent, damit weiter ein Anreiz zum Energiesparen gegeben ist. Darüber hinaus werden die Miethöchstbeträge und die Tabellenwerte erhöht.

Mit der Anhebung des Wohngeldes setzt die SPD-Bundestagsfraktion ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit. Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden.

### Seniengerechtes Wohnen

Im Zuge des demographischen Wandels und dem daraus resultierenden Bedarf nach einer altersgerechten Anpassung des Wohnungsbestandes muss die Wohnungspolitik verstärkt Verantwortung dafür übernehmen, alten

Menschen einen möglichst langen Verbleib in ihren Wohnungen zu ermöglichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich für ein Programm „Seniengerechtes Wohnen“ eingesetzt. 2009 stehen erstmals 80 Millionen Euro für die alten- und behindertengerechte Modernisierung von Wohnungsbeständen zur Verfügung.



Für uns ist Wohnungspolitik auch Sozialpolitik. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum, seniengerechtes Wohnen und auch die Eigenheimrente.

#### Eigenheimrentengesetz

Mit der Eigenheimrente ist der SPD-Bundestagsfraktion eine nachhaltige Unterstützung der privaten Altersvorsorge gelungen.

Indem der Kauf oder Bau, die Entschuldung einer Wohnung oder eines Hauses sowie der Erwerb von Genossenschaftsanteilen in die sogenannte Riester-Förderung aufgenommen werden, erhöhen wir die Attraktivität der Altersvorsorge und schreiben die Geschichte des Erfolgsmodells Riesterreite fort!

Die Erhöhung der Eigentumsquote ist ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Altersarmut. Denn keine oder eine geringe Miete im Alter ist ein Beitrag zur Minderung des Armutsrisikos und hilft, die Belastung der Haushalte zu senken.

## Bundesstiftung Baukultur

Mit der Gründung der Bundesstiftung Baukultur auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion haben wir eine bundesweite Kommunikationsplattform geschaffen, die das Bewusstsein für die Belange der Baukultur in der Öffentlichkeit stärkt.

Eine in diesem Sinn nachhaltig wirkende Baukultur ist kein Luxusgut für konjunkturelle Schönwetterperioden, sondern trägt dazu bei, den gesellschaftlichen Herausforderungen in Zeiten des demographischen Wandels gerecht zu werden.

## Innenstädte stärken

Mit dem Gesetz zur Erleichterung der Innenentwicklung von Städten haben wir erreicht, dass Planen und Bauen in den Städten wieder mit Projekten auf der „grünen Wiese“ konkurrieren können. Planungsrechtliche Erleichterungen für die Bebauung von innerstädtischen Brachflächen schaffen wieder mehr Wettbewerb und tragen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Zersiedelung bei. Wir wollen demographiefeste, urbane und gebündelte Stadtstrukturen mit einem angemessenen Dienstleistungsangebot schaffen.

## Klimawandel und Energieeffizienz

Neben der Initiative für energieeffiziente Neubauten müssen wir den Energiebedarf und CO<sub>2</sub>-Ausstoß der bestehenden Gebäudesubstanz in Deutschland reduzieren. Im Altbaubestand liegen große CO<sub>2</sub>-Einsparreserven. Die energetische Sanierung gerade von Mietwohnungen ist auch aus sozialen Gründen geboten. Während die Mieten in den letzten Jahren nur moderat gestiegen sind, sind die Heizkosten allein zwischen 2002 und 2006 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Diese „zweite Miete“ belastet besonders Geringverdiener.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat für die energetische Gebäudesanierung maßgebliche Impulse gesetzt.

#### Energieausweis

Der Energieausweis für Gebäude soll dazu beitragen, dass Hauseigentümer und Vermieter, die ihre Immobilie energetisch modernisieren, auch auf dem Markt davon profitieren. Durch die Vergleichbarkeit des Energiebedarfs bzw. des Verbrauchs erhalten Kauf- oder Mietinteressenten auf einen Blick Auskunft über die Energieeffizienz des Gebäudes. Da absehbar ist, dass die Energiekosten langfristig weiter steigen werden, wird auch das Interesse an gut gedämmten Objekten mit moderner Heizung steigen.



Die Energiepreise werden auch in Zukunft weiter steigen. Der Energieausweis macht für die Verbraucher sichtbar, wie es um den Energiebedarf eines Gebäudes steht. Ziel ist, damit einen Anreiz zu Modernisierungen zu geben. Und das spart Energie und Geld.

#### Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm

Im bereits 2001 gestarteten CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm stehen in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils rd. 1,5 Milliarden Euro für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung.

Die Gebäudesanierung wirkt in dreifacher Hinsicht. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Zweitens macht sie Wohnen bezahlbarer. Drittens schafft sie Wachstum und Arbeit. Jede in den Gebäudebestand investierte Milliarde Euro sichert oder schafft jährlich rund 20.000 bis 25.000 Arbeitsplätze.

Von 2006 bis Ende 2008 wurden mit den Mitteln unseres Programms 800.000 Wohnungen energieeffizient saniert oder neu errichtet. Diese Erfolgsgeschichte werden wir auch über 2009 hinaus fortsetzen.

#### Investitionspakt zur Energetischen Sanierung

Kommunen mit Haushaltsdefizit konnten nicht oder nur unzureichend in ihre soziale Infrastruktur investieren. Daher startete 2008 zusätzlich zu den zinsverbilligten KfW-Programmen der Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen für Zuschüsse zur energetischen Sanierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen (Schulen, Kitas, Sportstätten usw.). Der Bund steuert im Jahr 2009 weitere 300 Millionen Euro bei. Mit dem zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung setzt der Bund im Rahmen des Programms Zukunftsinvestitionen noch einmal 10 Milliarden Euro u. a. für die energetische Sanierung von Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Koalition erreicht, dass Deutschland im Jahr 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent (bezogen auf das Basisjahr 1990) reduzieren wird.

Wenn Sie sich detaillierter über das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm informieren möchten, dann empfehlen wir Ihnen einen Blick in unser Falblatt „Energetische Gebäudesanierung“.

## Unsere Arbeit kann sich sehen lassen!

Wir haben in dieser Legislaturperiode die Städtebaufördermittel des Bundes auf einem hohen Niveau verstetigt und durch die Entwicklung neuer Programmansätze die notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung geschaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu beigetragen, die Stadtentwicklungspolitik auch in Zukunft als ein Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern und Gemeinden zu erhalten. Wir übernehmen unsere Verantwortung für die Weiterentwicklung einer problemlösungsorientierten und integrierten Programmentwicklung. Außerdem wollen wir die Netzwerkfunktion der Bundesebene im Rahmen einer professionellen Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sicherstellen. Die Bewältigung des demographischen Wandels, des Klimawandels, die Förderung der Integration und des sozialen Zusammenhalts sind Schwerpunkte unserer Stadtentwicklungspolitik. Damit verbessern wir die Lebenschancen und die Lebensqualität der dort lebenden Menschen. Diese erfolgreiche Politik wollen wir konsequent fortsetzen.

**Mehr Informationen zum Thema:** Umfangreicher stellen wir unsere Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in einer 40seitigen DIN A5 Broschüre unter gleichem Titel dar. Diese können Sie bei uns bestellen oder aber im Internet herunter laden.

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,  
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMANTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,  
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHSARBEIT  
TEXT: ALEXANDER LANZ  
REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL  
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), BMVBS/DENA (S. 3),  
PHOTOCASE.COM | VIEW7 (S. 4/5), TABLE (S. 7)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

# Die Zukunft unserer Städte

Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

